

Wie entsteht die öffentliche Meinung?

werden, als er im Lande die Gefährdung der proletarischen Macht gesteht. Darum lehnen wir seine Beteiligung ebenso wie die Erzeugung von Konflikten mit dem Reich, deren Lösung zu Niederlagen und also zur Stärkung der Reaktion führen würde. Das haben die Kommunisten zu beachten!

Nun ist aber die außerparlamentarische Unterstützung der Regierung an sich keine Katastrophenpolitik. Vielmehr ist sie eine Selbstverteidigung. Das müssen wir bedenken. Die Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit muß das Fundament der Regierungsgewalt sein, soll sich die Regierung in Zeiten der Gefahr behaupten können. Wenn da nun aus der Arbeiterkraft die Betriebsräte besonders herausgehoben werden, so ist das eine Prinzipienfrage. Wirken sie auf arbeitgeberischem Wege, etwa in Form von Arbeiterkammern mit, so ist dagegen nichts einzuwenden. Sollen sie freilich über die Regierung gestellt, oder ihr gleichberechtigt angeordnet werden, so ist das als unmöglich und unannehmlich prinzipiell abzulehnen.

Es besteht in der kommunistischen Partei keinesfalls Einigkeit darüber, in welcher Form die Betriebsräte mitwirken sollen. Der Kämpfer vom Donnerstag zum Beispiel will in einer scharfen Polemik gegenüber der Chemnitzer Volksstimme entrüsted zurück, daß die sächsischen Kommunisten gebietet hätten, eine Arbeiterregierung solle aus der Mitte der Betriebsräte gebildet werden. Die Regierung solle sich lediglich auf die Betriebsräte stützen. Der Unterschied ist in der Tat nicht zu verkennen, und es wäre dann nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie sich eine proletarische Regierung eine arbeitgeberliche Vertretung der Arbeitnehmer aussuchen würde. Etwaige kommunistische Inverantwortlichkeiten in der Richtung einer Katastrophenpolitik können gerade wir in Sachsen immer nur vermeintlich vermeiden.

Also sehen wir keine grundsätzliche Unmöglichkeit der Verständigung mit den Kommunisten. Sollen aber die Verhandlungen mit ihnen lediglich an der Einberufung eines Betriebsrätekongresses scheitern — den die kommunistischen Führer offenbar als Verhandlungsmittel für ihre Anhänger und zur eigenen Verdrängung vorbereiten —, so sollte man gegebenenfalls ernsthaft erwägen, ob nicht einmal ein solcher Kongreß einzuhalten wäre. Um das Urteil der Betriebsräte ist uns nicht bange. Wenn sich Betriebsräte-Vollversammlungen in den Bezirken mit der Regierungsbefragung befassen, so ist natürlich ein Kongreß für Sachsen keinesfalls als Zustandnis an die Diktatur zu werten. Er kann vielmehr das Gegenteil sein. Nebenfalls aber dürfte er zu einem prächtigen Agitationsmittel für unsere sozialistischen Ziele werden. Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten, die der Einberufung eines solchen Kongresses entgegenstehen, nachdem sich die Gewerkschaften in abnehmendem Maße festgelegt haben. Doch ist es nur ehrenhaft, wenn eine Haltung unter dem Zwang besonderer Umstände revidiert wird.

So besteht, alles in allem genommen, wohl die Möglichkeit, die sozialistische Regierung zu erhalten. Und wenn sie trotz unserm guten Willen nicht beibehalten werden könnte, dann können wir wenigstens vor einer guten parteipolitischen Situation.

Die meisten der kommunistischen Parteianhänger auch in Sachsen gehörten früher der U.S.P. an. Sie verlor den Zusammenhang mit der großen sozialistischen Bewegung durch die falsierende Anziehungskraft, die in den Wirren der deutschen Revolutionzeit der Sieg der Kommunisten in Sowjetrußland ausstrahlte. Aber Massenmenschen, die zeitweilig auf Nebenwege geraten, sind endlich der proletarischen Sache nicht verloren. Sie werden, wenn die Voraussetzungen, unter denen sie uns verlassen, als irrig erkannt werden, wieder in dieser oder jener Form zu uns haken. Man fördert diesen Wiedereingangsprozeß nicht, wenn man eine Mauer gegen sie errichtet. Wohl aber gewinnt man die Massenmenschen, wenn man sie immer und immer wieder überredet, daß andere Wege als die eisenen ohne Schaden für die Arbeiterklasse nicht beschritten werden können. Die kommunistischen Anhänger müssen für uns Gewinn haben, selbst wenn die kommunistischen Führer als zu leicht gefunden werden. Und schon darum müssen diese Führer vor die drohende unumstößliche Alternative gestellt werden, zu entscheidenden proletarischen Erfolgen oder Erfolgen der Reaktion!

Warum macht die Durchsetzung unserer wichtigsten sozialen Forderungen so unglücklich langsam Fortschritte? Der eine sagt: weil die Führer nicht genügend Energie aufbringen. Der andere: weil die Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht mit dem nötigen Ernst hinter den sozialen Forderungen steht. Und beide haben recht. Auch der beste Führer lebt unter dem Druck der sogenannten öffentlichen Meinung. Auch auf ihn wirken tausend Hemmungen ein, die leider zu einem großen Teil von dem Volke selbst ausgehen.

So ist die Zwangswirtschaft abgebaut und zum größten Teil beseitigt worden. Auf Wunsch vor allem der Frauen der arbeitenden Bevölkerung. Damit erhielt der Preiswucher freie Bahn. Der Widerstand der Führer zerfiel ohnmächtig an der Einsichtslosigkeit einer noch leider allzu starken Volksschicht. Wer die Macht aller rückschrittlicher Ideen erkennen will, der denke nur an die Resultate der Elternratswahlen in fast allen deutschen Volksschulen. Mit Hilfe der Stimmen der Eltern aus der werktätigen Bevölkerung, vor allem wieder mit Hilfe der Arbeiterfrauen werden die Vertreter der christlichen Liste gewählt, die hier in Sachsen doch mit seltenen Ausnahmen zur bestehenden Schicht gehören und ihre Kinder daher nur zwangsweise die ersten vier Jahre in die Volksschule schicken.

Und wie schnell verstreht diese sogenannte öffentliche Meinung umzuwenden. Von dem Augenblick an, wo im Reich die Regierung in die Hände der bürgerlichen Parteien überging, hörte fast unregelmäßig das Geschimpfe auf die unfähige Sozialdemokratie auf. Zuerst in der Tagespresse, dann aber unmittelbar darauf auch im Verkehr selbst.

Staum war vor 6 Wochen die Ruhrbesetzung durch die Franzosen eingeleitet, da schwoll das Flüster- und Raunen immer stärker an, und an allen Viertischen, in Werkstatt und Kontoren und auf den Plätzen der Wohnhäuser klang es wieder: „Wißt ihr schon, es gibt Krieg!“ — Und Kriegsgeschrei und Franzosenfresserei nahmen wieder überhand und toben noch heute fort.

Wie entsteht diese Art der öffentlichen Meinung?

Ist nicht der größte Teil der Arbeiter genossenschaftlich, gewerkschaftlich und politisch organisiert? Ist der Einfluß dieser Organisationen auf das Geistesleben ihrer Mitglieder so gering? Die Quelle der öffentlichen Meinung ist unlegbar die Tagespresse.

Aber leider, von rund 8 Millionen in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern sind doch höchstens 2 Millionen Leser einer sozialistischen Zeitung. Das heißt: 6 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter stehen unter dem geistigen Einfluß der bürgerlichen Presse. 6 Millionen, die mit ihren sauer verdienten Beiträgen und mit unsäglichen Opfern für die

Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise kämpfen, lassen sich von ihren Klassengegnern deren politische Meinung ins Haus bringen.

Denn der Durchschnittsmensch hat keine eigene politische Meinung. Er denkt, was seine von ihm abonnierte politische Tageszeitung schreibt. Und mit diesem täglich eingenommenen politischen Tranf beteiligt er sich an den Gesprächen seiner Kollegen und Arbeitsbrüder.

Und wer bestimmt die politische Meinung in der bürgerlichen Zeitung? Nun, zunächst der Verleger selbst, d. h. der kapitalistische Zeitungsunternehmer; denn er ist der Eigentümer der Zeitung, wenn sie nicht schon längst ein Stinneskongern aufgekauft hat und nur noch dem Namen nach unter der alten Adresse weitergeht.

So lesen Millionen Männer und Frauen aus der werktätigen Bevölkerung tagtäglich in Wahrheit die Meinung ihrer wirtschaftlichen und politischen Gegner. Mit ihren sauer verdienten Stundenlöhnen unterstützen sie ihre Gegner.

Und mit ihrem bürgerlichen Blatt hoffen die armen Leser auf den Frankfurter, ohne zu wissen, daß die Franzosen ihre Waren noch fast zu Friedenspreisen kaufen, hoffen sie auf den Sturz Poincaré, ohne zu wissen, daß nach ihm nur ein schämmere kommen kann, hoffen sie auf den Zusammenbruch Frankreichs, der doch erst lange Zeit nach dem vollständigen Zusammenbruch Deutschlands kommen würde. Planmäßig wird in der bürgerlichen Presse in dieser entsetzlich ernsten Situation die Leserschaft in Traumideen gehüllt. Was nutzt ein einziges sozialdemokratisches Flugblatt, was eine Reihe von Versammlungstagen gegen diese jahraus, jahrein sich tagtäglich auf den Leser ergießende reaktionäre Schlammslut! Wenn wir auch mit Engelszungen reden könnten, der Durchschnittsleser der bürgerlichen Zeitung glaubt unfehlbar den besten Unsinns, wenn er ihn in ermüdender Wiederholung monatelang durch sein Leibblatt vorgekauft bekommt.

Der soziale Gedanke wird so lange lebensunfähig bleiben, wie es nicht gelingt, die Quelle der kapitalistischen Ideenverbreitung durch die bürgerliche Presse zu verstopfen. Je teurer infolge der Geldentwertung die Flugblätter, je schwieriger sich das Versammlungsweien gestaltet, um so bedeutungsvoller wird die sozialdemokratische Presse für die Arbeiterbewegung. Je wirrer die Zeiten, um so notwendiger das Licht sozialistischer Erkenntnis. Darum gehört in jede Familie des werktätigen Volkes das sozialdemokratische Kampforgan. Wirkt und werbt für die

Dresdner Volkszeitung

Gegen die Preistreibererei

Der Präsident des Sächsischen Landespoliciamts erklärt unter dem 26. Februar an die Polizeibehörden folgende Verfügung:

Seit der Befehung des Ruhrgebietes sind die Preise für Vieh ständig emporgeschwollen und haben trotz dem Dollarkurs noch den von mir getroffenen Feststellungen zum Teil eine Höhe erreicht, die in keiner Weise gerechtfertigt ist. In verschiedenen Städten haben bereits die Polizeibehörden in Verbindung mit Sachverständigen eine Ueberwachung der Viehmärkte oder Viehhöfe vorgenommen und Beschlagnahmen wegen übermäßiger Preissteigerung ausgeführt. Es ist durch Verhandlungen mit den Viehhändlern und Viehkommissionären teilweise eine Niedrighaltung der Preise erzielt worden.

Volkshochschule. Der nächste Abend des Sächsischen Warenkunde findet Donnerstag den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Mineralogischen Institut, Scharnhorstplatz 18, Gartengebäude, 1. Stock, Eingang Sedanstraße, statt.

Kleine Mitteilungen

Der Sächsische Landeshöfliche haben sich als Körperschaftliche Gründungsmitglieder mit Beiträgen von rund 600 000 bis mit 900 000 M. neben Wehrane bisher angeschlossen: der Ortsausschuß der freien Gewerkschaft Olshag (rund 3000 Mitglieder), das Ortskartell Ströbla a. E. (rund 1000 Mitglieder), die Gewerkschaftskommission Komnagisch (rund 700 Mitglieder), das Gewerkschaftskartell Riesa und Umg. (rund 6000 Mitglieder).

Weitere Aufschlußklärungen in einer großen Reihe von Städten sind zu erwarten. Damit scheint die Grundlauge für die Kultur- und den ganzen Kreislauf Sachsen mit künstlerisch wie technisch gut ausgestatteten Volkshochschulen zu verlagern, gesichert.

Das B-Zur-Gesetz des Wiener Komponisten Joseph Keiter, das kürzlich vom Dresdner Striegler-Quartett in mehreren Wiederholungsabenden gegeben worden ist, wird nun auch in anderen Städten, insbesondere in Oesterreich, vielfach ausgeführt, demnachst auch in Regensburg. Bei den letzten Wiederholungen in Dresden (in den Veranstaltungen des Beethovenbundes im Musiktheaterhaus) fand das Konzert besonders herzlichen Beifall, weil mehr und mehr annehmbarer als am Abend des sogenannten „Königsfestes“ „besseren“ Musikstils.

Schiffale eines deutschen Künstlers in der Themas-Bawatei. Ferdinand Gregor, außer durch seine Bühnendätigkeit auch durch literarische Arbeiten bekannt, war zum Bildungsausschuß unserer Genossen in Deutschböden zu mehreren Vorträgen über das Theater eingeladen worden. Zwei von diesen Vorträgen, die er in Chodau und Elbogen im Oberland halten sollte, sind bereits worden, und zwar unter Verlegung auf eine Verordnung, die die Einreise von Ausländern, die Palastgespräche machen wollen, untersagt. Selbstverständlich ist Gregor mit dem nötigen Einreisevisum versehen; ab die fürstlichen Honorare, die er von Arbeiterbildungsvereinen zu erwarten hat, aber sein Verbleib an Papierwerk nicht recht fertigen, daß er Valutapapier sei, wissen wir nicht. Der Regierung der tschechoslowakischen Republik muß man anerkennen, daß sie unterer Verwaltungsbehörden solchen Notizen besitzt.

Der Reichshand Deutscher Kontinente und Aufsichtsrat hat das an den Dresdner Volkshochschulen zu erwerbende Schulgeld für März 1923 wie folgt fest: Unterstufe 4000, Mittelstufe 6000, Oberstufe 8000 M. Diese Sätze gelten für wöchentlich 40 Minuten Einzelunterricht.

Dieses Vorgehen gegen die wilden Preistreibererei beruht jedoch nur dann einen dauernden Erfolg, wenn es überall da, wo Vieh zum Verkauf angetrieben wird, gleichmäßig und energig geübt wird. Anderswärts ist damit zu rechnen, daß die Viehhändler nur noch die Orte aufsuchen, wo eine scharfe Ueberwachung des Verkehrs nicht statfinden und wo sie unbehindert die höchsten Preise fordern können.

Die Ueberwachung der Viehmärkte ist nach Ziffer 12 der Ausführungsanweisung zum Gesetz über die Fleischversorgung vom 18. April 1922 den Oberpräsidenten übertragen. Deshalb ist es erforderlich, daß die Polizeibehörden bei ihrer hier in Frage stehenden Tätigkeit mit den Oberpräsidenten enge Fühlung halten. Ich ersuche, diese Fühlung streng zu beobachten und ferner im Zusammenarbeiten mit den Preisprüfungsstellen oder sonstigen geeigneten Sachverständigen alle Viehmärkte oder sonstigen Orte, an denen Schlachttier gehandelt wird, ständig zu überwachen. Die von Markttag zu Markttag sprunghaftesten Steigerungen, die vielfach unproportional sind und auf einer Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage beruhen, sind zu unterbinden. Durch Verhandlungen mit den Viehhändlern unter Einziehung von Vertretern der Fleisch- und Verbraucher ist auf eine Niedrighaltung der Preise hinzuwirken und allen übermäßigen Preisforderungen mit Beschlagnahme und Uebergabe der betreffenden Handlücke und mit Entziehung der Handelslaubnisse rücksichtslos zu begegnen.

Da für die Preisbildung auch die Preisnotierungen von erheblicher Bedeutung sind und sehr häufig schon die Erzeuger zu höheren Preisforderungen ansetzen, so erlaube ich, auch bei dem Zustandekommen dieser Notierungen mitzuwirken. Sollten sich Händler auf solche Preisnotierungen berufen, so wird der Verkauf des Viehes nachzugehen und in eine Prüfung besonders der Frachtkosten eingutreten sein.

Die englischen Arbeiter helfen

London, 26. Februar. Der allgemeine Rat des Gewerkschaftskongresses beschloß, der deutschen Gewerkschaftsbewegung 500 000 £ zu überweisen für ihren Kampf gegen die Verflattung der Arbeiter im Ruhrgebiet. Der Rat beschloß ferner, einen Aufruf an die ihm angeschlossenen Verbände zu richten wegen einer finanziellen Unterstützung der Ruhrarbeiter.

Sächsischer Landtag

20. Sitzung, Dienstag, 27. Februar, vorm. 11 Uhr. Zur Verhandlung kommt ein Antrag Wehrmann (Dem.), der die Regierung ersucht, einseitliche Richtlinien für die Festlegung der Größe der selbständigen Wernernahrung zu erlassen, auf die nach § 1 des Reichsfluchtgesetzes

landwirtschaftliche Kleinfluchtgebiete gebracht werden dürfen. Die Mindestgröße der selbständigen Wernernahrung soll nicht unter 9 bis 12 Hektar, die der Landstellen nicht unter 2 Hektar, die der Kuhstellen nicht unter 8 Hektar festgelegt werden. Ferner wird gefordert, zu landwirtschaftlichen Sachverständigen für Siedlungsstellen und in den Wirtschaftskammern bei den Kreisbauamtsstellen auch Siedler und Vertreter des Klein- und Mittelhandels zu bestellen.

Wirtschaftsminister Hellwig: Das Ministerium vermag der Forderung nach Aufstellung einseitiger Richtlinien nicht zuzustimmen. Eine schematische Festlegung der Größe einer Wernernahrung ist bei der Verhältnisseunterschied der örtlichen und klimatischen Verhältnisse nicht möglich. Eine Bestimmung der Größe von Fall zu Fall liegt auch im Interesse der Siedler selbst. Die Festlegung wird man den örtlichen Siedlungsbehörden überlassen können. Die Einseitigkeit dabei wird durch Mitwirkung der Landesfluchtgesellschaft gehoben. Sachsen befindet sich hierbei in Uebereinstimmung mit den meisten deutschen Ländern. Dem zweiten Teile des Antrages soll antworten werden.

Abg. Schreiber (Soz.): Wie man sich zu dem landwirtschaftlichen Siedlungsweien stellt, hängt davon ab, welche Bedeutung man den landwirtschaftlichen Großbetrieben und den bäuerlichen Betrieben zuspricht. Eine unbestreitbare Tatsache ist, daß man in allen Industrieregionen immer mehr zu Spezialbetrieben kommt, in der Landwirtschaft ist dagegen der kombinierte Betrieb der Leistungsfähiger. In allen Ländern, auch in Deutschland, sind die kleineren und mittleren Betriebe in der Landwirtschaft gemindert und erloschen. Einen Anteil daran mögen die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben. Dabei haben die landwirtschaftlichen Großbetriebe früher weitestgehende Vergünstigungen erfahren. Wir Sozialdemokraten haben uns in Prinzip für die Siedlung erklärt. Wenn wir aber so ins Bocke gehen sollen, wie es der Antrag wünscht, so sind doch mancherlei Bedenken dagegen geltend zu machen. Die kleinen Stellenbesitzer würden gar nicht genug Kapital besitzen und sind mit ihrem ganzen Apparat gar nicht darauf eingerichtet, ein größeres Land in vollem Maße auszunutzen. Die gute Mahnmaße die verlangt wird, könnte also in das Gegenteil umschlagen. Will man das landwirtschaftliche Siedlungsweien schneller fördern, so ist Voraussetzung, daß der produktionsorganisatorische Ausbau auch in der kleinen Landwirtschaft schneller vorantreiben geht. Nicht diese Voraussetzung gegeben ist, werden wir bei Erfüllung der Siedlerwünsche eine gewisse Vorsicht walten lassen müssen. In den Siedlungsbestrebungen ist heute eine gewisse Beunruhigung eingetreten. Es fehlen alle Voraussetzungen, wie der Reichsbund sie sich gedacht hat. Die Nahrungsmittelversorgung würde durch ein solches Galoppweien im Siedlungsweien auf den Hund kommen. Die Sozialdemokratie, sich ihrer Verantwortung bewußt gegenüber der Allgemeinheit, kann solche Wege nicht mitgehen. Der Redner macht noch auf seinen bereits früher eingebrachten Antrag aufmerksam, bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden, einen Ausgleich in der Beschaffung von Siedlungsmöglichkeiten anzubahnen, so daß sachliche Bewerber auch anderwärts untergebracht werden können.

Abg. Schreiber (Dem. Sp.) wirt der Demokraten vor, die Siedlungsfrage mit parteipolitischen Gesichtspunkten zu verfrüpfen. Seine Freunde wollen den Siedlungsbedenken fördern, wo die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden sind. Die Aufgabe von Siedlungsland müsse aber freiwillig erfolgen.

Abg. Renner (Komm.): Die Siedlungspolitik muß ihrem Charakter entgegengehen, weil es unmöglich ist, die ungewahren Massen aufzubringen. Wir stehen der ganzen Siedlungsfrage überhaupt wenig zugänglich gegenüber.

Abg. Weigt (D. W.) begrüßt die Richtlinien, die die sächsische Regierung zur Durchführung des Reichsfluchtgesetzes aufgestellt hat. Sie seien geeignet, zum Ziele zu führen. Die Weiterberatung erfolgt im Haushaltsauschuss A. (Die Verhandlungen dauern bei Reaktionsstillsatz fort.)

Aus aller Welt

Bluttat eines Marokkaners in Trier
In der Nacht zum Sonntag wurde, wie die Trierer Landeszeitung meldet, an der Weidenstraße ein Postkettler Schwabe, der ruhig seines Weges kam, plötzlich von einem betrunkenen Marokkaner durch einen Messerstich in den Unterleib schwer verletzt. Der Verletzte wurde in das Mutterhaus der Worrondierinnen eingeliefert. Der Täter konnte verhaftet werden. Hierbei ergab sich ein Zwischenfall, indem eine Entsammlung von Kameraden des Täters diesen zu befreien versuchte. Die Polizei verhinderte dies jedoch bis zum Eintreffen der französischen Militärpolizei, an die der Täter dann nach Aufnahme eines Protokolls übergeben wurde.

Der ungetreue Generalpostinspektor
Bei dem wegen Unterschlagung von Briefsendungen aus dem Auslande festgenommenen Generalpostinspektor Pfaffinger wurden ausländische Noten im Werte von 200 Millionen Mark beschlagnahmt. Außerdem besah Pfaffinger Grundstücke im Werte von rund 50 Millionen Mark. Des weiteren hat Pfaffinger Darlehen in Höhe von mehreren Millionen Mark an Bekannte ausgeliehen.